

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
des Kantons Bern
Rechtsamt
Reiterstrasse 11
3011 Bern
info.ra@bve.be.ch



Bern, 17. Dezember 2015

ANTWORT ZUM VERNEHMLASSUNGSVERFAHREN ZUM WASSERNUTZUNGSGESETZ

Sehr geehrter Frau Energiedirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zum Vernehmlassungsverfahren zum Wassernutzungsgesetz. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Die SP Kanton Bern ist der Meinung, dass die vorgesehene Gesetzesänderung nicht nötig ist. Der Hauptgrund der vorgesehenen Änderung ist die überwiesene Motion Grimm¹. Die SP hatte damals diese Motion grossmehrheitlich abgelehnt und hat ihre Meinung inzwischen nicht geändert. Der Regierungsrat hatte die Motion Grimm ebenfalls zu Ablehnung empfohlen. Die SP schliesst sich den damaligen Gegenargumenten des Regierungsrats nach wie vor an.

Aufgrund dieser Gesetzesänderung wird wohl kaum zusätzlich in die Grosswasserkraft investiert. Das wäre nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Der Motionär Grimm und seine Mitmotionäre betonten denn auch die Symbolhaftigkeit ihres Anliegens. Eine symbolische Gesetzesänderung erscheint der SP aber nicht angemessen. Stattdessen erhofft sich die SP von den vom Nationalrat geplanten Investitionshilfen für Grosswasserkraftwerke eine wesentliche Wirkung. Wir gehen davon aus, dass der Ständerat dem Nationalrat folgt und es damit eine Bundeslösung gibt.

Im Übrigen ist die SP der Meinung, die heutigen Strompreise seien tendenziell zu tief. Falls die von uns gewünschte Wasserzinserhöhung auf die EndkundInnen abgewälzt würde, wäre das ein Signal zu einem sorgfältigeren Konsumverhalten, etwa beim Kauf von Stromverbrauchern. Ein besonderes Anliegen der SP ist der Renaturierungsfonds. Mehreinnahmen aus den Wasserzinsen garantieren auch entsprechende Einnahmen für diesen Fonds.

Zudem gibt es auch finanzpolitische Argumente, die gegen eine Gesetzesänderung sprechen. Der finanzschwache Kanton Bern hat im November 2013 leider sehr stark bei den Ärmsten gespart.

¹ <http://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-5bcfec3bb812465f876c9c011cd09c8a.html>

Eine Wiederholung solcher Vorgänge wäre angesagt, wenn der Kanton wie im vorliegenden Fall leichtfertig auf Mehreinnahmen verzichtet. Im Übrigen ist der NFA heute stark umstritten. Kaum jemand ausserhalb des Kantons Bern würde verstehen, dass der Kanton auf ihm zustehende Einnahmen verzichten will.

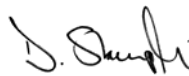
Aus allen diesen Gründen lehnen wir die vorgesehene Gesetzesänderung ab. Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort wohlwollend zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär